

9.	06/0051	Neues Schulgesetz in NRW	FB 5
----	---------	--------------------------	------

Herr Kammel führte aus, dass, auch wenn die Abschaffung der Schulbezirke umstritten sei, dies auch Vorteile haben könnte. So würde künftig die Möglichkeit der Schulwahl für alle Eltern gelten und nicht nur für „besonders findige“ Eltern, die derzeit das bestehende Schulsystem umgehen würden und zum anderen wird, entgegen den Mitteilungen in der Presse, der Elternwillen nicht vollständig ignoriert.

Hierbei wies er auf eine Ausführung des Schulministeriums NRW hin, wonach die Eltern auch künftig grundsätzlich die Wahl der weiterführenden Schule ihres Kindes hätten. Lediglich die Verbindlichkeit des Grundschulgutachtens werde erhöht.

Nur dann, wenn nach einer pädagogischen Prognose zu dem Zeitpunkt der Eignung die von den Eltern gewählte Schulform offensichtlich ausgeschlossen sei, könne die Aufnahme nicht erfolgen. Demzufolge würden auch in Zukunft die Eltern ein Mitspracherecht haben.

Frau Roitzheim teilte mit, dass der Rat der Stadt Sankt Augustin in seiner Sitzung am 14.12.2005 eine diesbezügliche Resolution beschlossen habe.

Im Namen der CDU-Fraktion sprach sie sich für die Beibehaltung der Schulbezirke aus und unterstützte das Begehren des Ausländerbeirates der Stadt Sankt Augustin.

Seitens der Verwaltung wurde durch Herrn Seigfried darauf hingewiesen, dass der Rat der Stadt Sankt Augustin grundsätzlich nur bei äußeren Schulangelegenheiten entscheidungsbefugt sei. Daher habe er auch eine Resolution zur Frage der Schulbezirke bereits im Dezember 2005 beschlossen.

Herr Erdal gab folgende persönliche Stellungnahme ab und bat um wörtliche Aufnahme in das Protokoll:

„Die Schulministerin des Landes NW, Frau Barbara Sommer, sagte: „Wir wollen für soziale Gerechtigkeit im Schulsystem sorgen.“. Das würde ich als Vater zweier Kinder gerne glauben.

Tatsächlich aber sind am grünen Tisch in Düsseldorf teils Beschlüsse getroffen worden, die fern von der Schulwirklichkeit sind und die die sozialen Chancen unserer Kinder weiter mindern werden.

Experten, Elternverbände, Eltern und Lehrer schütteln mit den Köpfen, werden aber parteiübergreifend nicht ernst genommen. Unseren Bildungspolitikern im Landtag rufe ich zu:

Bitte mehr Augenmaß bei Reformen – das ist kein Experimentierfeld, das sind unsere Kinder!“

Nach weiteren Wortbeiträgen verständigte sich der Ausländerbeirat der Stadt Sankt Augustin darauf, vor Abstimmung über den Antrag zunächst eine interne Arbeitsgruppe zu bilden, um alle Argumente, Stellungnahmen und Informationen, zu sichten.

Insbesondere wurde darum gebeten, dem Ausländerbeirat der Stadt Sankt Augustin die Entwurfsfassung des neuen Schulgesetzes, die Resolution des Rates der Sankt Augustin sowie die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

